



Protokollauszug

aus der
25. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Videokonferenz
vom 16.12.2021

öffentlich

Top 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Herr Ströber berichtet, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 09.12.2021 getagt hat.

Man müsse in 2022 einen Nachrücker für Frau Frehse finden.

Im Rückblick auf den Jugendhilfeausschuss am 25.11.2021 wurde resümiert, dass in Zukunft die Vorstellungen im Ausschuss (Informationen des Jugendamtes, Berichte etc.) zeitlich stärker komprimiert werden müssen, um die Bearbeitung aller Tagesordnungspunkte zu gewährleisten.

Man habe sich weiterhin mit der Umsetzung des § 79a SGB VIII in Potsdam beschäftigt, d.h. welche konkreten Schritte bisher zur Umsetzung von Qualitätskriterien gegangen wurden. Diese seien im Jugendhilfeplan 2014 bis 2018 aufgenommen worden und dann sollten Qualitätskriterien in den Arbeitsfeldern ausgehandelt werden. 2015/2016 gab es eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe dazu, in der Übersichten aller Aufgabengebiete auf Anregung des Landes erstellt wurden. Laut Gesetzgeber solle der Öffentliche Träger Qualität prüfen und weiterentwickeln. Aktuelle Qualitätsmanager*innen im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport seien Qualitätsmanagement Hilfen zur Erziehung, besetzt durch Frau Katharina Berg (Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe), Qualitätsmanagement Jugendförderung, besetzt durch Herrn Ralf Becker (Arbeitsgruppe Strategie, Bildung und Jugend) und Qualitätsmanagement Kita, besetzt durch Frau Nicole Schelle (Bereich Kindertagesbetreuung). In keinem Feld seien separate allgemeingültige, mit freier Trägerschaft abgestimmte Qualitätsparameter entstanden (folglich sind keine diesbezüglichen Prüfungen möglich). In der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII Kita gab es immerhin Entwicklungsprozesse dazu. Man werde sich weiterhin damit beschäftigen, im Moment müsse eine Abfrage zum aktuellen Vorgehen bei den Qualitätsmanager*innen, bei den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 und ggf. den Regionalteams durch die Verwaltung gestartet werden.

Im Zuge der Themenplanung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung 2022 wolle man gefasste Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses regelmäßig kontrollieren/ nachverfolgen sowie die geplante Haushaltsdiskussion im Jugendhilfeausschuss vorbereiten.

Mit Blick auf den Jugendhilfeausschuss am 16.12.2021 wurde angemerkt, dass noch nicht alle Zuwendungsbescheide für 2022 bei den freien Trägern angekommen seien. Zur Mitteilungsvorlage des Tagesordnungspunktes 8.2 „Teilhabe für Kinder und Jugendliche unbürokratisch gestalten“ 21/SVV/1164 schlage man vor einen haushaltsbegleitenden Beschluss zu erstellen, um die laut Mitteilungsvorlage geplante geschäftsübergreifende Projektgruppe zu forcieren.

Frau Lauffer schließt an, dass im Zuge des neuen Rollen- und Auftragsprozesses der überarbeiteten Gremienstruktur verwaltungsseitig bereits jetzt abgestimmt wurde, dass die Besetzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zukünftig mit mindestens einer Person der Fachbereichsleitung gewährleistet werde.

Herr Pfeiffer sagt zu, dass die Thematik der Zustellung der Zuwendungsbescheide am nächsten Tag intern geprüft werde. Weiterhin werde man dem Wunsch der Ausschussmitglieder zur Einbindung in die Finanzierungen nachkommen und in einer Strategieklausur des Jugendhilfeausschusses in 2022 ein Zahlenwerk zur Diskussion vorlegen, welches voraussichtlich bis Ende April vorliegen werde.

AG Kita

Frau Dieckmeyer berichtet, dass die AG am 30.11.2021 getagt habe. Wesentliche Ergebnisse zur Pandemie seien, dass die Personalausfälle in der Trägerlandschaft breit spürbar seien. Die Träger versenden einen gemeinsamen Brief zur Personalsituation an alle Eltern. Der Verwaltungsstab habe Hinweise aus der AG 78 und einzelner Träger direkt aufgegriffen und Impfmöglichkeiten für pädagogische Mitarbeiter*innen in den Kitas bereitgestellt. Dafür danken die Träger im Namen der Beschäftigten ausdrücklich.

Zur aktuellen Auslastung und tatsächlichen Bedarfen in Krippe, Kita und Hort sei festzuhalten, dass die LH Potsdam perspektivisch wachse. Der „Geburtenknick“ der 90er Jahre sei jetzt spürbar, d.h. es stehen durch weniger Geburten freie Plätze in Kindertagesstätten zur Verfügung. Ab 2022 werde die langsame Steigerung der Bevölkerungszahl im Krippenalter und ab 2025 im Kindergartenalter durch die Verwaltung erwartet. Da ausreichend Plätze zur Verfügung stehen, werde in der nächsten Sitzung die Bedarfsermittlung für die Standorte der kommunalen Kitas in der AG 78 vorgelegt und erläutert.

Man habe beschlossen sich für die Kinder mit besonderem Bedarf und den gestrichenen 800.000€ an die politische Ebene zu wenden und ein Schreiben an die Fraktionen aufgesetzt.

Zur Vorstellung des Konzeptes „Heilpädagogische Fachkraft“ in der Verwaltung berichtet Frau Dieckmeyer, dass diese der LH Potsdam/ den Träger mit 20 h pro Woche zur Verfügung stünde. Zielgruppe sei primär die Beratung der Fachkräfte, sekundär Kinder mit besonderem Bedarf und deren Eltern. Grundsätzlich begrüße man das Angebot, der zeitliche Umfang mit der beabsichtigten Wirkung werde jedoch in Frage gestellt, denn 20 h pro Woche decken den Bedarf, insbesondere für die Kinder mit besonderen Bedarfen in der ganzen Stadt bei weitem nicht ab.

Die Versorgung mit Mittagessen von Kindern mit Hortbetreuung in den Potsdamer VHG wird nach Beschluss der SVV noch im laufenden Schuljahr 21/22 umgesetzt. Die stadtweite Gleichbehandlung der Hortkinder wird damit gewährleistet. Die Träger werden die gemeinsame Auswahl eines Caterers in den Kooperationsvereinbarungen mit den Schulen anstreben.

Durch die Verwaltung sei geplant, dass der SVV Beschluss einer Empfehlung zur einheitlichen EBO bis spätestens Mai 2022 in SVV gefasst werden könne. Im Anschluss folge ein Prozess der Herstellung des Einvernehmens mit jedem Träger. Damit wäre die Umsetzung ab 01.08.2022 gesichert.

AG HzE

Herr Küken berichtet, dass die AG am 30.11.2021 per Video getagt habe. Man habe sich mit dem KJSG gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Richter von der Fachhochschule Potsdam beschäftigt. Bezüglich Covid 19 kam aus den stationären Hilfen die Frage auf, was die Refinanzierung der

Schnelltests der Kinder, Jugendlichen und Mitarbeiter betrifft. Aus der ambulanten Hilfe berichtet er, dass man mit umfangreichen Terminausfällen zu kämpfen habe. Telefonische Beratungen könnten weiter fortgesetzt werden. Die Refinanzierung der Schnelltests in der ambulanten Hilfe wäre für die Besuche von Familien in deren Wohnungen wichtig. Man werde sich in der AG ggf. per Umlaufbeschluss kurzfristig zu einer Nachfolgerin für Frau Frauke Frehse für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung bemühen.

AG JuFö

Frau Tietz berichtet zur letzten Sitzung, dass man sich zur aktuellen Situation in den Einrichtungen bezüglich Schnelltests ausgetauscht habe. Im Namen der AG bittet sie die Verwaltung, dass die Kostenübernahmen stattfinden sollten, weil die Einrichtungen bei ihren Verwaltungskosten an ihre Grenzen stoßen. Weiterhin wünsche man sich zur Evaluation der PLUS-Projekte, dass diese gut durchdacht und langfristig ablaufe. Abschließend bittet sie darum, dass Zuwendungsbescheide für die Träger in Zukunft bitte früher zugestellt werden sollten.

Frau Parthum fragt, ob trotz der Evaluation weiterhin die aktuelle Richtlinie gelte. Herr Pfeiffer bestätigt dies.

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.